

Independent Open-Access-Zeitschriftenförderung

Kurt Salentin

Kurt Salentin

Independent Open-Access-Zeitschriftenförderung

IKG IJCV discussion papers | Nr. 01 | Erschienen Februar 2019

Publiziert unter der [Creative Commons Attribution-No Derivatives License](https://creativecommons.org/licenses/by-nd/4.0/)

Redaktion: Manuela Freiheit | Heiko Mata | Kurt Salentin

Zitation

Salentin, Kurt (2019). Independent Open-Access-Zeitschriftenförderung. IKG IJCV discussion papers, Nr. 01. Universität Bielefeld, Institut für interdisziplinäre Konflikt- und Gewaltforschung.

Inhaltsverzeichnis

1. Hintergrund	1
2. Vorschlag	5

Zusammenfassung

Vor dem Hintergrund der Unzulänglichkeiten aktueller Publikationsmodelle wird eine projektähnliche Förderung von Open-Access-Zeitschriftenprojekten angeregt. Die Förderung hat das Ziel, Redaktionen mit den Personal- und Sachmitteln auszustatten, die für den unabhängigen Betrieb einer für Leser und Autoren frei zugänglichen Zeitschrift notwendig sind. Über die Förderungswürdigkeit einer Zeitschrift entscheidet ein Peer-Review-Verfahren.

1. Hintergrund¹

Konstitutiv für die Wissenschaft ist die Kommunikation in ihrem Inneren und mit der Umgebung. Wissenschaft lebt vom fachlichen Austausch und vom Streit um die Erkenntnis. Publikationen sind ein integraler Bestandteil der Wissenschaftskommunikation. In der langen Ära des papiergebundenen Publikationswesens leisteten Verlage einen essentiellen Beitrag. Zum Ende dieser Epoche hin wurden jedoch Defizite erkennbar. Großverlage boten renommierte Journale zu teils exorbitanten Preisen an, und es entstand der Eindruck, die durch die Bindung bedeutender Zeitschriften an spezifische Verlage bedingten Oligopole oder gar Monopole verleiteten zu Abonnements-Kostenkalkulationen, die auf funktionierenden Märkten dem Untergang geweiht wären.

Die technischen Möglichkeiten des Internets haben zunächst eine Veränderung der Medien angestoßen, in denen sich Wissenschaftskommunikation vollzieht, aber auch der Vorstellungen des geistigen Eigentums an Inhalten und von Nutzungsrechten. Die Früchte geistiger Arbeit, die fast ausschließlich vom Steuerzahler finanziert wurden, an Dienstleister zu verschenken, die keinerlei schöpferischen Beitrag leisten (»Papierhändler«), und dann von diesen zu Konditionen zurückkaufen zu müssen, die sie dem Zugriff einer Leserschaft außerhalb weniger finanzstarker Bildungseinrichtungen faktisch entziehen (»Publikation ohne Publikum«), galt vielen Wissenschaftlern nun als inakzeptabel. Wenn Wissenschaft eine Verantwortung gegenüber der umgebenden Gesellschaft

¹ Der Autor dankt Alexandra Jobmann und Nina Schönfelder vom Nationalen Open-Access-Kontaktpunkt für wertvolle Anregungen zu einer früheren Fassung dieses Papiers. Die inhaltliche Verantwortung trägt alleine der Autor.

wahrnehmen soll, sind Hürden für den Zugang zu wissenschaftlicher Erkenntnis nicht vertretbar. Aus diesem Bewußtsein heraus entstand als Gegenentwurf zum Geschäftsmodell der Abonnements, also der Bezahl-schranke für Leser, die Open-Access-Bewegung. Sie verfolgt den Grundgedanken, Ergebnisse der Wissenschaft müßten, wenn sie ganz überwiegend durch Aufwendungen der Allgemeinheit zustande gekommen sind, der Allgemeinheit - Autoren, Fachkollegen, der breiteren Öffentlichkeit - auch frei zugänglich sein. Open-Access-Publikationen haben das Potential, diese Zugangshürden zu überwinden.

Die aktuelle Entwicklung auf dem Zeitschriftenmarkt konterkariert diesen Gedanken mit einem neuartigen Geschäftsmodell. Zuvor nicht gekannte Barrieren wurden errichtet, und nun sind es die Autoren, deren Zugang eingeschränkt wird. Mit sog. author fees oder article processing charges (APC) kompensieren die Großverlage Einnahmeverluste, die sie durch die Verweigerung von Abonnements erleiden. Diese neue Gebührenart zieht dort wachsende Ausgaben nach sich, wo Open-Access-Publikationsfonds eingerichtet wurden, um Autoren den Freikauf ihrer Manuskripte zu ermöglichen. Die Gebühren bewegen sich inzwischen oft in Größenordnungen, die ebensowenig nachvollziehbar sind wie die bisherigen Abonnements. Das Modell steuert in eine Sackgasse, denn für die Finanzierung der Wissenschaftskommunikation insgesamt entwickelt sich die Kombination aus Abonnements und APCs zu einem Nullsummenspiel. Den öffentlichen Bibliotheken ist es einerlei, ob sie teure Abonnements oder teure APCs zahlen. In jedem anderen Feld zöge vergleichbares Geschäftsgebaren mancher Anbieter den Argwohn von Beschaffungsstellen, Rechnungsprüfungsämtern und Kartellwächtern auf

sich. Gegen Großverlage, die ihre Position ausnutzen, scheint niemand eine Handhabe zu besitzen.

Man darf auch die Ausschlüsse nicht übersehen, die das APC-Modell erzeugt. Im In- und Ausland sind Autoren ohne Zugang zu Open-Access-Publikationsfonds bestraft. Viele Zeitschriften überziehen das von den Fonds gesetzte Limit, so daß selbst Autoren an privilegierten Einrichtungen zuzahlen müssen. Und die vielerorts praktizierte Gebührenstaffelung nach armen und reichen Ländern wird der ungleichen Ressourcenausstattung innerhalb der Länder des Südens wie auch des Nordens nicht gerecht.

Daß obendrein betrügerische Open-Access-Verleger (predatory open access publishers) sich unter Korruption des Open-Access-Gedankens an Publikationen ohne jegliche Qualitätskontrolle bereichern, ist zwar ärgerlich, aber nur eine Nebenentwicklung.

Zudem leiden alle skizzierten Modelle - Abos, gemeinnütziger Open Access und gewinnorientierter Open Access - unter demselben ungelösten Problem: Zwar werden wissenschaftsferne Dienstleistungen wie Copy-Editing, Satz und Druck bzw. e-Publikation in den kommerziellen Formen sowie im gemeinnützigen Open Access bei der Einnahme von Gebühren zumeist noch stabil finanziert, die wissenschaftsinterne Arbeit dagegen nicht oder zumindest nicht auskömmlich. Redaktionen erhalten von Verlagen entweder keine Gewinnbeteiligung oder nur eine Teilfinanzierung. Bei ihnen fällt jedoch die Hauptlast der inhaltlichen Arbeit im Interesse der Qualitätssicherung an, etwa bei der Interaktion mit Gutachtern. Ein ganz erheblicher Teil des Aufwands bleibt Verlegern auch allein deshalb erspart, weil sie nur publikationswürdige Artikel sehen und die größere Zahl der abgelehnten Manuskripte ausschließlich

in Redaktionen bearbeitet wird. Während der Bildungsetat die Lehre leidlich und ein Flickenteppich aus Finanzierungsmöglichkeiten die Forschung mehr oder weniger auskömmlich absichert (in letzter Zeit eher weniger als mehr), bleibt die Trägerschaft des eigentlichen Kerns der Wissenschaftskommunikation ein unbefriedigend gelöstes Problem.

Faktisch begünstigt dieser Umstand als Herausgeber ressourcenstarke Träger wie Berufsverbände und große Fakultäten, die Stellenanteile zum Betrieb von Zeitschriften erübrigen können. Junge Disziplinen, Bindestrich-Wissenschaften und interdisziplinäre Projekte können Zeitschriften nur gründen oder am Leben halten, wenn einzelne Akteure ihre Arbeitszeit oder andere Ressourcen für die Redaktionsarbeit zu Lasten anderer Aufgaben zweckentfremden. Wenn Wissenschaftskommunikation ein Kollektivgut darstellt, bewirkt das daran geknüpfte Kollektivgutproblem - kollektiver Nutzen nur durch individuellen Einsatz - letztlich einen Strukturkonservatismus. Eine Lösung kann nur darin bestehen, dieses Kollektivgut per se auf dieselbe Weise zu fördern wie andere Aufgaben der Wissenschaft.

Man kann das Problem so zusammenfassen: Wissenschaftskommunikation ist unabdingbar für das Funktionieren der Wissenschaft. Sie stellt ein typisches Kollektivgut dar, das erstens dem Gemeinwesen frei zugänglich sein und zweitens von diesem auch getragen werden muß. Die erste Bedingung erfüllen die gegenwärtigen Modelle unzureichend, weil sie Teile der Urheber oder Teile des Publikums benachteiligen. Die zweite Bedingung erfüllen sie zwar prinzipiell, weil letztlich die Allgemeinheit alle Ressourcen beisteuert. Es besteht aber eine Schieflage, weil der Kern, der wissenschaftliche Kompetenz erfordert, zugunsten peripherer Dienstleistungen unterfinanziert ist.

2. Vorschlag

Wenn die öffentliche Hand Kollektivgüter bereitstellt, etwa indem sie Schulen baut, weil sie dies nicht Privatinteressen überlassen kann oder will, definiert sie selbst die Ziele und wahrt die Hoheit über das Verfahren. Sie bedient sich sehr wohl kommerzieller Dienste, die sie aber in geregelten Verfahren und unter transparenten Bedingungen (Beschaffungsrecht) auf Märkten einkauft. So sollte es auch in der Wissenschaftskommunikation sein.

Tatsächlich erbringen derzeit gewinnorientierte Verlage für Zeitschriftenpublikationen, auch im Open Access, wichtige Dienstleistungen. Allerdings sind die sonst gültigen Regeln auf den Kopf gestellt. Die Herausgeber befinden sich aufgrund der Eigentumsverhältnisse an vielen Open-Access-Verlagszeitschriften in einer benachteiligten Position, denn die Zeitschriften, die Vermarktungsrechte oder die Hoheit über die Preisgestaltung liegen bei einem Verlag. Herausgeber sind damit nur - meist unbezahlte - Dienstleister der Verlage und besitzen nicht die Freiheit, die von der öffentlichen Hand bereitgestellten finanziellen Ressourcen so effizient wie möglich zu nutzen, indem sie Dienstleistungen auf einem kompetitiven Markt einkaufen. Exakt das müßte aber der Zielzustand sein:

- Eine wissenschaftliche Zeitschrift soll einer Instanz innerhalb der Wissenschaft, etwa einer fachlich kompetenten Forscherinitiative, gehören. Diese Instanz übt die Hoheit über alle Belange der Zeitschrift aus.

- Diese Instanz ist mit den für den Betrieb der Zeitschrift notwendigen Ressourcen ausgestattet, so wie eine Schule mit Personal und einem Gebäude versehen ist.
- Verlage haben weiterhin die Möglichkeit, sich an der Zeitschriftenpublikation zu beteiligen. Die Zeitschrift lagert diejenigen Arbeiten auf Märkte aus, die von Externen sinnvoll und effizient zu erbringen sind. Jeder Verlag und jeder sonstige Dienstleister kann sich um Aufträge im Copy-Editing, im Satz, der elektronischen Publikation, der Softwareentwicklung etc. bewerben, so wie bei einem Bauvorhaben die verschiedenen Gewerke ihre Angebote unterbreiten. Jeder Anbieter muß sich dann aber dem Wettbewerb stellen. Auch Angebotspakete ähnlich denen des bisherigen Modells sind möglich, allerdings unter Wettbewerbsbedingungen, zeitlich befristet, ohne Urheberrechtsübertragung und unter Wahrung des generellen Primats der Wissenschaft.
- Die Auftragsvergabe findet in einem transparenten Verfahren nach Beschaffungsrecht statt.
- Der Gesamtumfang der von Dienstleistern zu erbringenden Beiträge bleibt unverändert. Niemand wird ausgeschlossen. Allerdings wird der Markt nun auch für kleine lokale Verlage und Freiberufler geöffnet.

Um diesen Zustand zu erreichen, müssen Redaktionen in das Zentrum der Förderanstrengungen gerückt werden. Wir regen daher an, Redaktionen direkt zu fördern mit der Perspektive einer langfristigen Substitution der anderen Modelle. Das neue Modell soll Independent Open-Access-Förderung (IndO-Förderung) heißen.

Zusätzliche Mittel dafür sind nicht erforderlich. Der Wettbewerb erzeugt einen Effizienzschub und setzt Mittel frei. Daß Großverlage mit ihren Profitmargen Apple, Google und Amazon hinter sich lassen,² wird der Vergangenheit angehören. Die freigesetzten Mittel stehen für eine direkte Unterstützung der redaktionellen Arbeit zur Verfügung.

Selbstverständlich unterwirft dieses Modell die Redaktionen ihrerseits einer umfassenden Rechenschaftspflicht. Ihre Förderungswürdigkeit soll mit demselben Verfahren bewertet werden, das sich schon in der Forschungsförderung bewehrt hat: der Begutachtung durch erfahrene Fachkollegen. Gegenstand der Begutachtung ist ein Betriebskonzept, das sich aus folgenden Bausteinen zusammensetzt:

- einer Beschreibung des wissenschaftlichen Profils der geplanten Zeitschrift, ihres Innovationsgedankens und des Mehrwerts gegenüber existierenden Publikationen,
- einer Abschätzung des Manuskriptaufkommens und der potentiellen Leserschaft,
- Befähigungsnachweisen der beteiligten Wissenschaftler,
- einem Geschäftsplan, der die benötigten Ressourcen begründet.

Es gelten verbindliche Qualitätsstandards:

² The Guardian online, 27. Juni 2017, <https://www.theguardian.com/science/2017/jun/27/profitable-business-scientific-publishing-bad-for-science>, Zugriff am 15.11.2018

- Das Publikationskonzept muß den Fair Open Access Principles³ der Fair Open Access Alliance entsprechen. Darüber hinausgehend dürfen keine Gebühren erhoben werden.
- Es gelten publikationsethische Richtlinien, etwa die Guidelines on Good Publication Practice des Committee on Publication Ethics⁴

Innovativität wird in einem Prozeß unter Beteiligung der Scientific Community und der Wissenschaftspolitik definiert. Sinnvolle Kriterien bestehen beispielsweise in:

- neu zugeschnittenen oder besonders jungen Forschungsfeldern,
- Interdisziplinarität,
- neuartigen Peer-Review-Verfahren,
- der Adressierung nicht-klassischer Zielgruppen, etwa in der Zivilgesellschaft.

Diese Kriterien können auch alternative Evaluationsansätze für Zeitschriften begründen, die bloße Verbreitungsmetriken (Impact Factor) ergänzen.

Die Initiative zur Mittelakquise wird im IndO-Modell zumeist von den Herausgebern ausgehen. Gleichwohl läßt es sich ebenso sehr als proaktives forschungspolitisches Förderinstrument einsetzen, mit dem, ausgehend von strategischen Überlegungen, auf dem Weg der Ausschreibung die Kommunikation in Zukunftsfeldern gestärkt wird. Zeitgleich mit der

³ www.fairopenaccess.org

⁴ Zusammenfassung:

https://publicationethics.org/files/editable-bean/COPE_Core_Practices_0.pdf

Förderung thematischer Forschungsschwerpunkte wird dann ein Kommunikationsmedium ausgeschrieben.

Die Finanzierung erfolgt befristet mit der Option der Verlängerung. Bewilligungszeiträume umfassen mindestens drei Jahre. Nach einer Gründungsfinanzierung müssen Zeitschriften evaluiert werden, bevor sie eine Weiterfinanzierung erhalten können. Da es sich um eine Daueraufgabe handelt, darf die Förderung aber, anders als diejenige von Forschungsprojekten, keine prinzipielle zeitliche Begrenzung vorsehen.

Fachzeitschriften haben bedingt durch die fachliche Begutachtung eine gewissen Anlaufverzögerung und können auch nicht von heute auf morgen eingestellt werden. Die Modalität der Evaluation muß dem Rechnung tragen.

Die Independent Open-Access-Publikation wird wie jedes Gemeingut auf internationaler Ebene ein Trittbrettfahrerproblem erzeugen, wenn das Modell nur national umgesetzt wird. Daher sind ähnliche Anstrengungen bei vielen nationalen Wissenschaftsförderern notwendig. Ziel ist die Internationalisierung der Open-Access-Publikationsförderung.